

26.06.2020

Kleine Anfrage 3909

der Abgeordneten Anja Butschkau und Susana dos Santos Herrmann SPD

Was unternimmt die Landesregierung für die Beschäftigten, die von der geplanten Schließungssorgie bei Galeria Karstadt Kaufhof bedroht sind?

Nach der Fusion von Karstadt und Kaufhof im November 2018 ringt der neue Einzelhandelskonzern weiter ums Überleben. Im Mai wurde bekannt, dass 80 der 172 Filialen geschlossen werden sollen. Bis zu 10.000 der 30.000 Jobs sind dadurch gefährdet, viele davon in Nordrhein-Westfalen. In dieser schwierigen Zeit glänzt das Management von Galeria Karstadt Kaufhof durch Chaos, das im mehr oder weniger freiwilligen Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Stephan Fanderl gipfelte.

Dies geschieht in einer Zeit, in der der Warenhauskonzern aufgrund der Corona-Krise weitere Herausforderungen stemmen muss. Galeria Karstadt Kaufhof startete deshalb ein Schutzschirmverfahren.

Anstatt ein nachhaltiges und zukunftsgerichtetes Sanierungskonzept zu erstellen, wird seit der Fusion ein strikter Sparkurs gefahren – ohne Ideen für neue Wege und ohne kreativen Anspruch. Die Verhandlungen zwischen dem Management und Ver.di über den Kurs des Unternehmens scheiterten bislang. Während Ver.di einen Sozial-Tarifvertrag, die Bildung einer Transfergesellschaft sowie einen Tarifvertrag für gute und gesunde Arbeit einfordert, beharrt Galeria Karstadt Kaufhof auf den Kahlschlag des Unternehmens.

Das Managementversagen der letzten Jahre sollen nun die Beschäftigten durch Jobabbau und Verzicht auf bereits zugesagte Gehaltssteigerungen ausbaden. Das trifft überwiegend Frauen und Menschen in Teilzeitbeschäftigung, deren Armutsrisiko ohnehin schon hoch ist.

Hinzu kommt, dass durch die Schließung der ehemaligen Kaufhof-Hauptverwaltung in Köln 1.400 Beschäftigten zum 31.12.2019 gekündigt wurde. Etwa 300 Mitarbeiter/-innen haben dagegen Kündigungsschutzklage eingereicht. Das Arbeitsgericht Köln hat festgestellt, dass die Kündigungen aufgrund fehlender Sozialauswahl nichtig seien. In vielen dieser Verfahren seien Vergleiche erzielt worden, in denen die Zahlung einer Abfindung vereinbart wurde. Mit Einleitung des Schutzschirmverfahrens wurden die Auszahlungen dieser Abfindungen nun allerdings ausgesetzt, obwohl nach Verkauf von insgesamt 17 Kaufhof-Immobilien für 700 Millionen Euro an einen Finanzinvestor genügend Liquidität vorhanden sein sollte, um diese Abfindungen zu bedienen. Dies lässt auf ein systematisches Vorgehen des Konzerns zu Lasten seiner ehemaligen Beschäftigten schließen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über mögliche Filialschließungen bei Galeria Karstadt Kaufhof in Nordrhein-Westfalen? (Bitte aufschlüsseln nach Standorten und betroffenen Arbeitsplätzen.)
2. Welche staatlichen Hilfen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise erhielt Galeria Karstadt Kaufhof von Bund und Land?
3. Sofern staatliche Hilfen von Seiten des Landes Nordrhein-Westfalen geflossen sind: Wird die Landesregierung ihren Einfluss geltend machen, um den Erhalt von Standorten und Arbeitsplätzen und die Auszahlung von Abfindungen sicherzustellen?
4. Auf welche Weise wird sich die Landesregierung darüber hinaus gegenüber Galeria Karstadt Kaufhof für den Erhalt von Arbeitsplätzen an den Standorten in Nordrhein-Westfalen einsetzen?
5. Mit welchen Maßnahmen wird die Landesregierung auf Arbeitsplatzverluste bei Galeria Karstadt Kaufhof reagieren, um die Betroffenen schnell in neue Arbeit zu vermitteln?

Anja Butschkau
Susana dos Santos Herrmann